

# Die Bewahrung des Friedens setzt die Bereitschaft zur Verteidigung voraus

Teilen der deutschen Bevölkerung ist das Bewußtsein dafür, daß ohne Sicherheit keine Freiheit sein kann, verlorengegangen. Sie wissen nicht, daß Entspannung nicht das Resultat von Friedenssehnsucht, sondern von militärischem Gleichgewicht ist. Der Zusammenhang zwischen politischer und militärischer Sicherheit muß wiederhergestellt werden. Dafür setzte sich die CDU auf ihrem sicherheitspolitischen Kongreß am 9./10. Januar in Koblenz unter dem Motto „Mehr Sicherheit in Freiheit“ ein (vergl. UiD Nr. 3). Vor dem Hintergrund der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost zugunsten des Ostblocks und dem Bewußtsein der Verteidigungswürdigkeit demokratischer und rechtsstaatlicher Werte plädierten namhafte Sicherheitsexperten dafür, die Verteidigungsanstrengungen nach den militärischen Möglichkeiten des potentiellen Gegners zu bemessen.

## Arbeitskreis I

### Bedrohung – Entspannung – Sicherheit

Leitung: Dr. Alois Mertes MdB  
 Referenten: Dr. Werner Marx MdB  
 Günter Poser, Konteradmiral a. D.  
 Berichterstatter: Dr. Hans Gert Pöttering

Dieser Arbeitskreis befaßte sich mit der ideologischen, der wirtschaftlichen und der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West. Er behandelte die Pro-

blematik der SALT-Verhandlungen und die Strategie der Allianz sowie die Ergebnisse der KSZE- und der MBFR-Verhandlungen.

### **Werner Marx (Thesen)**

- Die „neue deutsche Ostpolitik“ der Regierung ging von einer schlampigen Analyse der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik aus.
- Im Zuge der sog. Entspannungspolitik ist das Ausmaß der ideologisch und imperialistisch motivierten Bedrohung verniedlicht worden.
- Die deutsche Ostpolitik ist zu einem Teil der sowjetischen Westpolitik geworden. Im „Zeitalter der Entspannung“ ist die Sowjetarmee zur modernst ausgerüsteten und stärksten Armee der Welt geworden.
- Die Allianz muß ihren Verteidigungswillen stärken.
- Das Bewußtsein der westlichen Völker hinsichtlich der Verteidigungswürdigkeit demokratischer und rechtsstaatlicher Werte muß gefördert werden.

### **Günter Poser (Thesen)**

- Die sowjetische Wirtschaft bleibt in unverändert hohem Grade für die Rüstung eingespannt.
- Die Sowjetunion nutzte die durch Verhandlungen gewonnene Zeit zur Verstärkung ihres militärischen Konfliktpotentials.
- Die Warschauer Pakt-Staaten führen ihre Entspannungspolitik als Politik der Stärke.
- Die konventionellen Streitkräfte der NATO in Europa sind reaktionsschwächer geworden.
- Der Vorsprung der NATO in der nuklearstrategischen Rüstung wurde durch die UdSSR aufgeholt.
- Das strategisch-nukleare Wettrüsten wird qualitativ weitergehen.
- Umrüstungen im europäischen Raum sind zu erwarten.
- Die USA sind nicht bereit, ein größeres nukleares Risiko zum Ausgleich nachlassender nichtnuklearer Potenz der europäischen Verbündeten einzugehen.
- Die wachsende Bedeutung der nicht-nuklearen Streitkräfte darf nicht zu einem Nur-Fassadenbau mit Kampftruppen führen.
- Der Öffentlichkeit muß eine ungeschminkte Darstellung der „Entspannungslage“ vermittelt werden.

Die Diskussion vertiefte die Thesen der Referenten. Die Teilnehmer des Arbeitskreises erarbeiteten Definitionen der Begriffe Frieden, Entspannung, Bedrohung, friedliche Koexistenz, proletarischer Internationalismus, westeuropäische Verteidigungskooperation, psychologische Verteidigung u. a.

Wesentliche Aussagen der Diskussion:

- Die Sowjetunion geht davon aus, daß sich mit zunehmender Entspannung der politische Kampf verstärkt.
- Dies erfordert eine verbesserte psychologische Verteidigung im Westen.
- Der Abbau der ostwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik ist nicht vertretbar.
- Eine intensivere westeuropäische Verteidigungskooperation in verstärkter Zusammenarbeit mit den USA ist unabdingbar.
- Der Zusammenhang zwischen politischer und militärischer Sicherheit darf nicht gelöst werden.
- Entscheidend für die Verteidigung der Freiheit ist die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der jungen Generation, über den Zusammenhang von Sicherheitsnotwendigkeiten und Entspannungsbemühungen.
- Strukturveränderungen der Bundeswehr müssen ihre Kampfkraft verstärken, damit sich das „prekäre Gleichgewicht“ nicht noch weiter zu Ungunsten der NATO entwickelt.
- Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO bleibt auch in Zukunft unverzichtbare Grundlage der deutschen Sicherheitspolitik.

## Arbeitskreis II

# Verteidigungsbereitschaft und Wehrpflicht

<b>Leitung:</b>	Irma Tübler MdB
<b>Referenten:</b>	Ulrich de Maiziere, General a. D. Professor Roman Herzog, Staatssekretär
<b>Berichterstatter:</b>	Franz Butz

Der Arbeitskreis II befaßte sich mit der Alternative Wehrpflicht oder Berufsarmee und diskutierte den Verteidigungswillen im demokratischen Staat. Er nahm Stellung zu Verteidigungsminister Lebers Plan, die Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und Zivildienst einzuführen und prüfte die Frage, inwieweit sich Wehrgerechtigkeit durch Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht verwirklichen läßt.

### **Ulrich de Maiziere (Thesen)**

- Der Umfang von Freiwilligenstreitkräften ist aus finanziellen Gründen zwangsläufig kleiner als der von Wehrpflichtarmeen.
- Die außen- und sicherheitspolitische Situation läßt eine drastische Verringerung der Bundeswehr nicht zu.
- Eine deutliche Verringerung der Bundeswehr schadet der Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik und verringert ihre Bündnisfähigkeit.
- Der Übergang zu einer Freiwilligenarmee ist für die überschaubare Zukunft indiskutabel.
- Die Wehrpflicht ist aus sicherheitspolitischen, militärfachlichen, finanziellen und innenpolitischen Überlegungen unverzichtbar.
- Ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild ist abzulehnen, die Bundeswehr muß eine Präsenzarmee bleiben.
- Eine Dienstzeit von weniger als 15 Monaten für Wehrpflichtige kann angesichts der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa nicht verantwortet werden.

### **Roman Herzog (Thesen)**

- Die Einführung der Wahlfreiheit erbringt hinsichtlich der Wehrgerechtigkeit wegen der damit verbundenen organisatorisch-finanziellen und der staatspolitischen Konsequenzen keine Vorteile.
- Nach dem System unserer Verfassung besteht keine prinzipielle Gleichwertigkeit des Wehrdienstes und eines zivilen Dienstes.

Die Diskussion des am zweitstärksten besetzten Arbeitskreises erbrachte folgende allgemein akzeptierte Aussagen.

- Eine reine Milizarmee kommt für die Bundesrepublik nicht in Frage.
- Die CDU muß die gesellschaftspolitische Komponente der Notwendigkeit der Wehrpflicht stärker herausstellen.
- Die Ausbildung der militärischen Vorgesetzten ist zu verbessern, damit diese bei kontroversen Diskussionen über den Sinn der Wehrpflicht überzeugender argumentieren können.
- Die Einführung der Wahlfreiheit ist abzulehnen, eine Modifizierung des Verfahrens ist sinnvoll und anzustreben.
- Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflcht war in der Diskussion des Arbeitskreises II umstritten. Die Notwendigkeit des Ausbaus der Dienste an der Gemeinschaft als zentrales Anliegen wurde bei der Aussprache deutlich.

**Arbeitskreis III**

**Einsatzbereitschaft und Reform der Streitkräfte**

**Leitung:** Heinz **Karst**, Brigadegeneral a. D.  
**Referenten:** Jürgen **Bennecke**, General a. D.  
 Leo **Ernesti** MdB  
**Berichterstatter:** Horst **Prayon**

Der Arbeitskreis III befaßte sich mit den Themen:

- Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr
- Reform der Kommandostruktur und militärische Landesverteidigung
- Verfügungsbereitschaft — mehr Kampfkraft durch weniger Soldaten?
- Armee in der Demokratie — Demokratisierung der Armee?

**Leo Ernesti (Thesen)**

**Wehrstruktur und Kommandostruktur:**

- Die Veränderung im Kräfteverhältnis Ost—West, ein neues militärstrategisches Konzept sowie steigende Kosten zwingen zur Überarbeitung der Wehrstruktur für die Bundeswehr.
- Eine neue Wehrstruktur muß die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern verbessern und zur Vereinheitlichung beitragen.
- Die derzeitige Präsenz der Bundeswehr darf nicht vermindert werden. Die Höhe der Verteidigungsanstrengungen ist nach den militärischen Möglichkeiten des potentiellen Gegners zu bemessen.
- Neugliederungen in der Bundeswehr müssen Verbesserungen für die eigene Kampfkraft und Verteidigungsfähigkeit zur Folge haben.
- Kosteneinsparungen sind dort vorzunehmen, wo Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Truppe nicht eingeschränkt werden.
- Geplante Maßnahmen müssen offen sein für mögliche Ergebnisse der MBFR-Verhandlungen; sie dürfen ihnen jedoch nicht vorgreifen.
- Die Neuordnung der Wehrstruktur darf die Wehrungerechtigkeit nicht verschärfen.

Die CDU wird die Pläne der Bundesregierung unterstützen, wenn sie der

- Vermehrung der Zahl der Brigaden
- Verstärkung der Feuerkraft
- Zusammenfassung teilstreitkraftgemeinsamer Aufgaben dienen.

- Die Einführung der Verfügungsbereitschaft in der bisher vorgetragenen Form und zum gegenwärtigen Zeitpunkt lehnt die CDU ab.
- Die Alternative der CDU heißt Kosteneinsparungen u. a. durch
  - Arbeitsteilung im Bündnis
  - Standardisierung der Waffen
  - Besetzung ziviler Dienstposten durch Wehrpflichtige — ohne Entlassung von Personal
  - Abbau übermäßiger Bürokratisierung.
- Die Auflösung der Wehrbereichskommandos lehnt die CDU/CSU ab.

### **Bildung und Ausbildung**

Nach Auffassung der CDU/CSU sind bei der Neuordnung der Ausbildung in der Bundeswehr u. a. folgende Regelungen durchzusetzen:

- Gleichrangigkeit der Offiziers- und Unteroffiziersausbildung.
- Durchlässigkeit der Laufbahnen.
- Chancengleichheit für alle Offiziere.
- Eigenständigkeit der Bundeswehrhochschulen und Berufsbezogenheit ihrer wissenschaftlichen Ausbildung. Ablehnung der Integration der Bundeswehrhochschulen in die Gesamthochschulen.
- Uneingeschränkte Geltung der soldatischen Rechte und Pflichten für die Studenten der Bundeswehrhochschulen.
- Einführung eines militärwissenschaftlichen Studienfaches.

### **Armee in der Demokratie — Demokratische Armee**

- Die Bundeswehr ist die Armee in einem demokratischen Staat — sie ist und sie darf keine „demokratische Armee“ sein.
- Aufbau und Organisation einer Armee müssen hierarchisch bleiben.
- Unter dem Versprechen, mehr Demokratie zu wagen, praktiziert man in der Bundeswehr zunehmend „Sozial“-Demokratie.

### **Jürgen Bennecke (Thesen)**

Einsatzbereitschaft und Reform der Streitkräfte:

- Reservedivisionen und -brigaden in Mitteleuropa gehören zu den wirksamsten Instrumenten der Krisenbeherrschung.
- Die Luftstreitkräfte der NATO brauchen eine gemeinsame taktische Doktrin, einheitliche Einsatzverfahren und eine möglichst gleichartige Ausbildung.
- Eine NATO-Führungsakademie bzw. ein gemeinsames Staff College sollte die Anwendung einheitlicher Führungsgrundsätze einüben.
- Die Ausbildung für den Generalstabsdienst ist beizubehalten.

## Diskussionsergebnisse

Die Teilnehmer des Arbeitskreises III diskutierten lebhaft und kritisch die Vorschläge der Bildung von Reserveverbänden und der Einführung einer neuen **Truppenstruktur**.

Der Arbeitskreis sprach sich aus für

- die Erprobung neuer Modelle im Großverband;
- eine sorgfältige Überprüfung auch anderer Bereiche der Bundeswehr, so z. B. der Bundeswehrverwaltung;
- eine Auswertung der vom BMVg in Auftrag gegebenen Untersuchung über die Zusammenfassung teilstreitkraftgemeinsamer Aufgaben.

## Offiziersausbildung

- Die Ausbildung an den Bundeswehrhochschulen muß militärspezifischer gestaltet werden.
- Der Forderung nach wissenschaftlicher Ausbildung der Offiziere wird zugestimmt
- Die Generalstabsausbildung soll verbessert fortgeführt werden.

## Unteroffiziersausbildung

- Die Ausbildungsreihen für Soldaten der Kampftruppen sind zu erweitern.
- Der Ausbildungsstoff ist an den militärischen Erfordernissen, nicht an der zivilen Verwendbarkeit zu orientieren.
- Ein ausreichender Schüleretat als Voraussetzung sinnvoller Lehrgangs- und Ausbildungsplanung ist bereitzustellen.

Die Teilnehmer des Arbeitskreises III forderten weiterhin,

- die Verbesserung der zivilen Landesverteidigung,
- eine längere Weivedauer für Soldaten auf Dienstposten mit besonderen Fachkenntnissen, ohne daß Laufbahnnachteile eintreten.

## Arbeitskreis IV

# Westeuropäische Sicherheitspolitik

**Leitung:** Dr. Walter **Wallmann** MdB  
**Referent:** Dr. Jürgen **Schwarz**  
**Berichterstatter:** Konrad **Krieger**

Der Arbeitskreis IV behandelte die Themen:

- Politische Union und westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft

- Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft und Atlantische Allianz
- Organisationsmodell einer gemeinsamen westeuropäischen Verteidigung
- Militärische Aufgabenteilung und Standardisierung der Ausrüstung.

### Jürgen Schwarz (Thesen)

- Die Integration Westeuropas wie die westliche Verteidigungskooperation befinden sich in einem Zustand der Stagnation, wenn nicht gar der Erosion.
- Eine westeuropäische Verteidigungskooperation im Rahmen des Bündnisses ist unerlässlich.
- Die Förderung der westeuropäischen Verteidigungskooperation wird die Fortentwicklung der europäischen Integration und die Rekonstruktion der Atlantischen Allianz bewirken.
- Die westeuropäische Verteidigungskooperation hat vordringlich
  - die Zusammenfassung aller militärischen, wirtschaftlichen, rüstungstechnischen und personellen Leistungen;
  - die Entwicklung gemeinsamer westeuropäischer militär-strategischer und operationeller Vorstellungen;
  - die Entwicklung gemeinsamer westeuropäischer Positionen in der Sicherheitspolitikals Ziele zu verfolgen.

Übereinstimmend betonten die Teilnehmer des Arbeitskreises IV in der Diskussion die Notwendigkeit der Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik durch die Europäische Gemeinschaft; nur die EG kann Ausgangspunkt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft sein.

Der Vertragsmechanismus der WEU (u. a. automatische Beistandspflicht und Langfristigkeit [50 Jahre] des Vertrages) muß in die Europäische Gemeinschaft eingebracht werden.

Die Europapolitiker v. Hassel und Dr. Klepsch betonten die Notwendigkeit der Formulierung einer europapolitischen Konzeption der europäischen Christdemokraten.

Der Arbeitskreis IV forderte die CDU auf

- die Problematik einer westeuropäischen Sicherheitspolitik auf einem kommenden Europakongreß eingehend zu behandeln,
- ihre Vorstellungen hinsichtlich einer in die NATO eingebetteten Verteidigungskooperation zu konkretisieren.
- ihre Bemühungen um das Zustandekommen einer westeuropäischen Integration zu verstärken.